Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 447. Halle, Freitag, den 24. September 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Eine Moraldebatte im Landtage.

Protest gegen die Völkerbundentscheidung über Eupen und Malmedy — Vom Weißenseer Kommunistenprozeß — Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion in Ulm — Millerand zum Präsidenten von Frankreich gewählt.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 23. Sept. Havas. Millerand ist mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Die übliche Vorabstimmung zur französischen Präsidentenwahl, auf der die radikalsozialistische Gruppe sowie die Linksrepublikaner im Gegensatz zu den übrigen Gruppen bestanden, führte zu dem Ergebnis, daß von 813 abgegebenen Stimmen 528 auf Millerand entfielen, während Leon Bourgeois nur 113 und Peret 157 Stimmen erzielte. Der plötzliche Widerstand der äußersten Linken, der im selben Augenblick einsetzte, da Millerand offiziell seine Kandidatur aufstellte, hat sich also als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Das in diesem Widerstand zum Ausdruck kommende Mißtrauen gegen ihn gründet sich offensichtlich auf die Bedingungen, an die er die Annahme der Kandidatur für die Präsidentschaft geknüpft hat, und die bekanntlich auf eine tiefeinschneidende Verfassungsänderung zu Gunsten der Machtstellung des Präsidenten hinauslaufen. Daß er nun trotzdem die weit überwiegende Mehrheit der Stimmen erringen konnte, läßt deutlich genug erkennen, daß man sich vorher schon in eingehenden Besprechungen über diese Verfassungsänderungen mit ihm geeinigt haben muß, wenn darüber im einzelnen nichts verlautet hat. [illegible] Millerand gelungen, die im allgemeinen mit der Uebernahme des ruhigen Ehrenpostens eines Präsidenten der Französischen Republik verbundene politische Kaltstellung für eine Person zu verhindern. Außerdem wird er sich zweifelles genügende Bürgschaft dafür haben geben lassen, daß auch von seinem Nachfolger die französische Politik durchaus in seinem Geiste weitergeführt wird.

Gerade darin aber liegt für uns die einzige Bedeutung der französischen Prädentenwahl, und man darf ohne weiteres behaupten, daß der bevorstehende Wechsel im Staatspräsidium und im Präsidium des Ministerrats auf das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland keinerlei irgendwie mildernden Einfluß ausüben wird. Denn ob in Frankreich eine reine Parlamentherrschaft oder ein mehr auf das Persönliche eingestelltes Regiment ans Ruder kommt, bleibt für uns ohne Belang. Die Wahl Millerands beweist nur von neuem, daß nach wie vor eine auf Versöhnung mit Deutschland eingestellte Politik in Frankreich eine einfache Unmöglichkeit darstellt. Millerands Popularität beruht eben auf dem Vertrauen, daß er sich weiterhin unter allen Umständen als der starke Mann erweisen wird, der auch im Gegensatz zu den widerstrebenden Ententegenossen, namentlich England, die unveränderte Aufrechterhaltung und strikte Durchführung des Versailler Vertrages durchsetzen wird. Man erwartet von ihm, daß er die Widerstände gegen die französische Politik bezüglich Oberschlesiens und Danzig überwindet, daß er es fertig bringt, die von Frankreich so maßlos gefürchtete Genfer Konferenz aus der Welt zu schaffen, und daß er vor allen Dingen mit den Gefahren aufräumt, die man französischerseits in dem Zustandekommen eines Völkerbundes erblickt, der einigermaßen seinem Namen entsprechen würde. „Der Völkerbund", so schrieb kürzlich das „Echo de Paris"", „der seine Hirngespinste logisch weiter entwickelt, schickt sich an, die Ansprüche Deutschlands auf eine demnächstige Zulassung zu besprechen". Inzwischen ist es nicht nur bei derartigen Besprechungen geblieben, sie haben vielmehr schon endgültige Beschlüsse gezeitigt, die wie ein unerträglicher Alp auf der französischen Volksseele zu lasten scheinen. Zunächst Schweden, dann aber auch Italien haben ausdrücklich erklärt, daß sie auf der alsbaldigen Hinzuziehung Deutschlands als eines gleichberechtigten Teilnehmers zum Völkerbunde unbedingt bestehen, und von England, dessen Stellung zwar noch immer nicht ganz klar ist, fürchtet man zum mindesten doch etwas ähnliches. In allen diesen Nöten soll nun Millerand den rettenden Engel spielen, um ihm auch als Staatspräsidenten in dieser Beziehung völlig freie Hand zu geben, werden sich zweifellos Kammer und Senat dazu bequemen, die bittere Pille seiner Bedingungen zu schlucken. Alles in allem muß man allerdings einräumen, daß Millerand tatsächlich der Mann danach ist, um seinerseits alles daran zu setzen, den französischen Wünschen zur Verwirklichung zu verhelfen. Von einer durch seine Wahl etwa zu erwartenden Milderung in der rücksichtslosen Durchführung der Versailler Zwangsbedingungen kann also nicht im Mindesten die Rede sein. Bezeichnend genug ist es ja, daß Millerand selbst erst vor einigen Tagen sich und seine politischen Nachfolger auf die von ihm bisher verfolgte Politik ausdrücklich festgelegt hat. Man kann nur der „Times" nur beistimmen, wenn sie feststellt, daß die Präsidentenwahl in keiner irgend bemerkbaren Weise die Grundlage der französischen auswärtigen Politik beeinflussen wird.

Der Weißenseer Kommunistenprozeß.

Am Mittwoch um ½2 Uhr trat das Gericht in die Prüfung der Ablehnungsanträge ein, die nochmals begründet wurden. Nach einer langen Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Dransfeld den Beschluß des Gerichts, wonach die Ablehnungsanträge der Verteidigung unbegründet sind.

Nach einer Pause von 5 Minuten nimmt das alte Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Ernst erneut wieder den Platz ein.

Nun beantragte R.-A. Bönheim nochmals in längerer Rede, der Gerichtshof möge noch einmal in eine Prüfung seiner Zuständigkeit eintreten. Die Verteidigung sei der Ueberzeugung, daß dem Gericht bei seiner ersten Entscheidung ein Versehen unterlaufen sei. Das Gericht zieht sich zu einer kurzen Beratung zurück und der Vorsitzende verkündet dann, daß kein Anhalt vorliege, nochmals die ganzen Fragen, die bereits gestern erörtert seien, durchzusprechen. Den Antrag des Staatsanwalts auf Ausschluß der Oeffentlichkeit bittet Justizrat Brob abzuweisen. Das Gericht zieht sich zu kurzer Beratung zurück und der Vorsitzende verkündet, daß der Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit abgelehnt werde.

Der Tatbestand wird vom Anklagevertreter kurz wie folgt angegeben: Die Angeklagten mit Ausnahme von Dräger waren Mitglieder der K. A. P. D. [illegible] Sie war in Bezirke über ganz Deutschland eingeteilt, die Bezirke wiederum in Kompagnien und die Kompagnien in Züge, die Züge wieder in Gruppen von je 8 Mann. Die Angekl. Franz und Kaatz sollen die Führer der Kompagnie Weißensee gewesen sein, die Angekl. Franz, Burkert und Winter Gruppenführer. (Bei dieser Behauptung lächeln die Angeklagten zum Teil.) Die Kampforganisation habe verschiedentlich militärische Uebungen gemacht und militärische Märsche vom Lokal des Angekl. Dräger unternommen. Auf der Rennbahn Weißensee soll ein Einschießen von Maschinengewehren stattgefunden haben.

Bei der Vernehmung des Angeklagten Liebs, eines jungen, etwa 24jährigen Mannes in blauer Matrosenuniform, kommt er zu teilweisem Geständnis. Als er die Namen der Führer nennen will, tönt aus dem Zuhörerraum ein warnendes Pst! und sofort verfällt er in seine anfängliche Taktik, sich an nichts mehr erinnern zu können. Liebs schildert, daß er nach seiner Entlassung vom Militär in die K. A. P. D. und zugleich in die Kampforganisation der K. A. P. D. eingetreten sei, die während des Kapp-Putsches gegründet und einen Monat später aufgelöst wurde. Am 19. August sei er von einem Unbekannten zu 8½ Uhr abends in das Lokal Drägers gerufen worden. Da er dem Propaganda-Ausschuß angehörte, nahm er an, daß er Plakate kleben sollte. Als er nach den Plakaten fragte, wurde ihm von dem Angeklagten Michaelis bedeutet, daß es sich darum handele, auf dem Laubengelände der Missionslauben ein Waffenlager auszuheben. — Vors.: Hatte Michaelis Ihnen denn etwas zu befehlen? — Zeuge (zögernd): Nein. Wir nahmen in der Nähe des Eisenbahndammes Aufstellung. Plötzlich hörten wir eine Schießerei, und auf dem Eisenbahndamm tauchten zwei Beamte auf, die riefen: „Da sind welche!" Gleich darauf fielen mehrere Schüsse und mein Freund Erich Krüger wurde verwundet. Ich blieb bei ihm, wurde verhaftet und nach der Prenzlauer Wache gebracht. Dort schloß man mich in eine dunkle Zelle ein, in der ich mich nicht hinsetzen durfte. Später kam ein Beamter, der von mir ein Geständnis verlangte und mich, als ich nichts sagte, verprügelte und mit dem Kopf gegen die Wand stieß. Dadurch wurde ich gezwungen, Aussagen zu machen, die ich nicht aufrechterhalten kann. — Der Vorsitzende versucht aus dem Zeugen Einzelheiten über die Kampforganisation der K. P. D. herauszuholen. Vors.: Was war die K. O., was bezweckte sie? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Vors.: Waren nur Leute der K. A. P. D. drin? — Angekl. (nach anfänglichem Schweigen): Wir gründeten die Kampforganisation in Weißensee, weil die Kappisten das Postamt, das Elektrizitätswerk usw. besetzt hatten. Weiter haben wir nichts getan. — Vors.: Sie haben doch in der K. O. nicht nur Zigaretten geraucht? — Angekl.: Wir haben darauf gedrungen, daß die Kappisten Weißensee verließen und haben deshalb mit den Soldaten verhandelt. — Vors.: Wie wollten Sie sich denn gegen die Soldaten schützen? Mit Waffen? — Angekl.: Selbverständlich. Wie du mir, so ich dir! Die K. O. sollte ein Arbeiterschutz sein. Wir können uns doch nichts alles gefallen lassen. — Vors.: Hatten Sie denn Vorgesetzte? — Angekl.: Bei uns ist jeder sein eigener Führer. — Vors.: Sie sagten aber, es wäre bei ihnen wie bei den Freikorps. — Angekl.: Ich kann darüber keine Auskunft geben. (Nach längerem Zögern): Ich weiß das nicht. Als die Truppen Weißensee verließen, lösten wir uns auf. — Vors.: Sie kamen doch aber später noch öfter zusammen? — Der Angeklagte schweigt.

Auf Antrag des Dr. Brob versucht der Vorsitzende durch Stellung bestimmter Fragen die Widersprüche zwischen der Aussage vor dem Landgerichtsrat Ramrath und den heutigen Bekundungen aufzuklären. Dabei schränkt der Angeklagte seine früheren Aussagen in wesentlichen Punkten erheblich ein. Auf Befragen des Anklagevertreters gibt der Angeklagte zu, daß ihm während seiner Abwesenheit zwei Gewehre ins Haus gebracht wurden, die zwei Wächtern abgenommen worden waren.

Damit war die Vernehmung des ersten der vierundzwanzig Angeklagten beendet, worauf die Verhandlung auf Donnerstag vertagt wurde.

Das preußische Wahlgesetz.

Der preußische Wahlgesetzentwurf sieht jetzt 74 Urwahlkreise, 19 Verbandswahlkreise und eine Generallandesliste vor. Die Reststimmen aus den Urwahlkreisen gehen auf die Verbandswahlkreise über, die Reststimmen aus diesen auf die Landesliste. Die Wahlkreise sind: Groß-Berlin (7), Prenzlau, Potsdam, Frankfurt-Oder, Cottbus — Stralsund, Stettin, Köslin — Königsberg-Nord, Königsberg-West (mit dem Rest von Westpreußen), Gumbinnen, Allenstein — Grenzmark (Schneidemühl) — Oels, Schweidnitz, Waldenburg, Görlitz, Liegnitz — Oppeln, Ratibor, Pleß, Beuthen, Kattowitz — Stendal, Magdeburg, Halberstadt, Bitterfeld, Halle, Naumburg, Erfurt — Flensburg, Kiel — Altona, Aurich, Osnabrück, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade — Münster, Recklinghausen, Minden, Bielefeld, Gelsenkirchen, Dortmund, Bochum, Hagen, Arnsberg — Kassel, Hanau, Limburg, Wiesbaden, Frankfurt-Main — Wesel, Duisburg, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Elberfeld-Barmen, Solingen, Köln, Gummersdorf, Bonn, Koblenz, Trier, Aachen — Sigmaringen. Die Verbandswahlkreise sind: Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern und Grenzmark, Ostpreußen, Niederschlesien I und II, Oberschlesien, Magdeburg, Merseburg-Erfurt, Schleswig-Holstein, Hannover I und II, Münster-Minden, Arnsberg, Hessen-Nassau, Rheinland I bis IV.

Die Konferenz in Brüssel

[illegible] Frankreich auf der Brüsseler Finanzkonferenz sind: Generaldirektor im Finanzministerium Collier, Finanzinspektor Fleurian, David Avenel und Direktor des Crédit Lyonnai Lefèvre.

Paris, 23. Sept. Nach einer Meldung des „Petit Parisien" aus Brüssel wird die Finanzkonferenz morgen nachmittag beginnen.

Massen-Geldfälschungen in Rußland.

Kopenhagen, 22. Sept. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge teilt das finnische Kabinett in Reval mit, daß gegenwärtig in Rußland eine Massenfabrikation von falschen Zarenrubeln stattindet, die den echten sehr ähnlich sind.

„Staunenswerte Unehrlichkeit."

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei" greift in der ihr eigenen Unanständigkeit die sachlichen Ausführungen des Abg. Dr. Schreiber-Halle über den Wahltermin zum Preußischen Landtag an. Trotz der klaren und bündigen Erklärung des Abg. Schreiber, daß er durchaus in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen der Oppositionsparteien den frühesten dafür in Betracht kommenden Termin für die Landtagswahlen wünscht, unterstellt sie ihm ohne den Schatten eines Beweises für diese Behauptung, daß seine Erklärung nicht ehrlich gemeint sei. Besonders entrüstet ist die „Deutschnationale Korrespondenz" über den Hinweis Dr. Schreibers darauf, daß die Arbeiten der Landesversammlung durch den Kapp-Putsch eine unerwünschte Verzögerung erfahren hätten. Sie behauptet, der Kapp-Putsch hätte nur drei oder höchstens acht Tage die Verhandlungen der Landesversammlung verzögert. Diese Behauptung ist offensichtlich zur Täuschung der Wähler bestimmt und verrät wirklich eine staunenswerte Unehrlichkeit. Auch der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei ist selbstverständlich bekannt, daß infolge der, auf den Kapp-Putsch zurückzuführenden frühzeitigen Reichstagswahlen die Beamtenbesoldungsvorlage nicht mehr endgültig verabschiedet werden konnte und daß die Verabschiedung der Besoldungsgesetze in der Landesversammlung von deren Erledigung im Reich abhängig ist. Ebenso weiß die deutschnationale Presse selbstverständlich, daß auch die Deutschnationale Volkspartei durchaus damit einverstanden war, daß gie Preußische Landesversammlung während des Wahlkampfes zum Reichstag seit dem 7. Mai gar nicht versammelt war und erst am 23. Juni wieder zusammentrat. Wir überlassen es daher getrost den Lesern, zu entscheiden, auf wessen Seite die staunenswerte Unehrlichkeit ist.

Der internationale Gewerkschaftskongreß.

Rotterdam, 22. Sept. Der „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet, daß sich der Internationale Gewerkschaftskongreß, der in London tagen wird, um über die Beschleunigung der Wiederherstellung Europas zu beraten, mit der Frage der Erleichterung der internationalen Verteilung von Lebensmitteln, Steinkohlen und Rohstoffen, der Stabilisierung der Währungen und der Sozialisierung der Industrie befassen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200924014/fragment/page=0001

Aus der demokratischen Bewegung.

In Löbejün hielt die Demokratische Partei am Dienstag eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Generalsekretär Dornblüth sprach. Die Ausführungen des Redners über die äußere und innere Politik vor und nach dem Zusammenbruch wurden anfangs durch fortgesetzte Zwischenrufe von Mitgliedern der Rechtsparteien unterbrochen. Die treffende Abfertigung, die die Zwischenrufer aber sofort erhielten, stellte nicht allein Ruhe her, sondern schien ihre Wirkung sogar soweit zu erstrecken, daß sich in der Aussprache keiner der Zwischenrufer zum Wort melden wollte. Herr Dornblüth erhielt darauf vom Versammlungsleiter das Schlußwort. Mitten in seinen Ausführungen sprang dann ein Herr Kalisch von der Deutschen Volkspartei auf, um ein buntes Durcheinander in den Saal hineinzureden. In entgegenkommender Weise ließen ihn der Versammlungsleiter und Referent aussprechen. Die Erwiderung des letzteren hielt Herr Kalisch aber nicht aus, er verließ vorher den Versammlungsraum. Weitere Vorträge hielt Herr Dornblüth in Weißenfels, Osterfeld, Querfurt und Torgau. In Eilenburg fand ein Kreisparteitag statt, an dem Herr Delius teilnahm.

Beratungen der demokratischen Reichstagsfraktion.

Ulm, 22. Sept. Die Deutsche demokratische Reichstagsfraktion ist heute zu einer Fortsetzung zusammengetreten, zu der die Abgeordneten fast vollzählig erschienen sind. Der Fraktionsvorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Schiffer, eröffnete die politische Debatte mit einer kurzen Ansprache, in der er die politische Notwendigkeit betonte, in einer parlamentslosen Zeit erneut Stellung zu nehmen zu dem, was geschehen sei, und zu dem, was man erstrebe. Es liege im Wesen der Partei und des deutschen Strebens überhaupt, daß man nicht von vornherein in allen Dingen einig und geschlossen sei. Die Fraktion sei es aber der Partei schuldig, daß sie die Einigkeit in allen politischen Entscheidungen unter sich selbst herstelle, nicht durch schlechte Kompromisse, sondern durch gegenseitiges Aussprechen. Hierfür sei nicht Berlin geeignet, sondern ein Ort, wo weniger zentrifugale Kräfte sich geltend machen. Es sei überhaupt dringend notwendig, daß die Parteien, und insbesondere die Demokratische Partei, Fühlung mit Süddeutschland gewännen. Zum Schluß begrüßte der Redner den inzwischen erschienenen Vizekanzler a. D. v. Payer, der darauf mit Worten des Dankes erwiderte und erklärte, es sei ja, seit er weggegangen sei, für die Fraktion alles nicht leichter, sondern immer noch schwerer geworden. Worauf es gegenwärtig ankomme, nicht nur bei den Demokraten, sondern bei allen deutschen Volksgenossen, sei, daß man sich über die Lage klar werde.

Da die Reichsminister Koch und Geßler noch durch Kabinettssitzungen in Berlin vorläufig festgehalten sind, so wurde die Besprechung der politischen Lage auf Freitag verschoben und zunächst mit der Erörterung des Sozialisierungsproblems begonnen, worüber Reichstagsabg. v. Siemens das erste Referat erstattete. Er behandelte die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission über ein Kohlenwirtschaftsgesetz und legte deren Absichten und Wirkungen im einzelnen dar. Daran knüpfte der Referent einen eigenen Vorschlag, den er der Kritik der Fraktion unterbreitete. Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Abgg. [illegible] beteiligten sich daran die und Blunck. Abg. v. Siemens erwiderte. Lebhaft wurde bedauert, daß die Sozialisierungskommission über ihre eigenen Vorschläge keinen Kenner des Kohlenbergbaues gehört, und sich mit der Finanzierungsfrage nicht befaßt hat. Der Reichswirtschaftsrat, dem die Vorschläge zur Begutachtung unterstehen, werde diese Mängel ausgleichen müssen.

Die Fraktion schloß ihre Beratungen noch nicht ab, da der Mitberichterstatter Exzellenz erst morgen eintreffen und referieren wird. Die Grundstimmung ist, daß eine Beteiligung der Gesamtheit an dem Bergbauerträgnis gesucht werden muß, und daß die bisherigen Vorschläge den ernstesten Bedenken begegnen.

Preußische Landesversammlung.

157. Sitzung, Donnerstag, 23. Sept., 1 Uhr nachmittags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Leinert den Wortlaut des Protestes der preußischen Regierung gegen die Uebereignung von

Eupen und Malmedy

an Belgien mit. Hiernach **entbehrt die Entscheidung des Völkerbundrates der Rechtsgrundlage.** Der Entscheidung sollte nach Artikel 34 des Versailler Vertrages eine freie und unbeeinflußte Volksabstimmung vorhergehen. Das haben die alliierten Regierungen überdies in ihrer Note vom 9. Juni feierlichst anerkannt. Was aber ist geschehen? Die Listen waren so kurze Zeit ausgelegt, daß sich die Mehrzahl der Bevölkerung nicht eintragen konnte. Ueberdies wurde die **Freiheit ihrer Abstimmung** von den belgischen Behörden **durch Beeinflussung, Irreführung und Bedrohung bewußt unterdrückt.** Die Bedingungen des Versailler Vertrages sind also nicht erfüllt worden. **Das deutsche Volk wird die Entscheidung des Völkerbundrates niemals als bindend anerkennen.** (Sehr richtig!) Die preußische Regierung bittet die Reichsregierung, dies zum Ausdruck zu bringen und gegen das uns zugefügte Unrecht feierlichst Verwahrung einzulegen. Ich frage die Landesversammlung, ob sie sich diesem Protest anschließt (geschieht einstimmig).

Die Bevölkerung von Eupen und Malmedy aber bitten wir, in dieser schweren Stunde sich als **zu uns gehörig** zu betrachten, und mit uns zu erwarten, daß die Voraussetzungen des Friedensvertrages, die der Völkerbund mit Füßen getreten hat, nachträglich erfüllt werden, und daß seine Entscheidung geändert wird. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Anfrage des Abg. Faßbender (Ztr.), betreffend

die Entsittlichung des Volkes

durch Nacktvorstellungen in Verbindung mit einem Antrage Mentzel (Dn.) gegen die unsittliche Literatur.

Abg. Faßbender (Ztr.) verweist auf die seit Krieg und Revolution bedenkliche zunehmende Unsittlichkeit des Volkes, durch schamlose Vorstellungen nackter Körper würden breite Volksmassen auf schmutzige Abwege geleitet. Für die Verwahrlosung des heutigen Geschmacks sei die Einführung eines naturalistischen Balletts in einer Berliner Tanzhäuservorstellung bezeichnend. Gegen Kinoauswüchse gäbe es ein Gesetz, ein Theatergesetz fehlt noch.

Abg. Mentzel (Dn.) begründet seinen Antrag mit den frechen und gemeinen Anpreisungen gewissenloser Buchhändler, die in unsere Jugend furchtbare sittliche Verheerungen hervorriefen. Woher bezögen trotz der großen Papiernot die Verleger solcher schmutziger Druckerzeugnisse das Papier? Die Regierung habe die Pflicht, ihre Machtmittel zur Bekämpfung dieser Schmutzliteratur auszunützen.

Ministerialdirektor Meister erwidert, gegen unsittliche Reklame werde schon jetzt eingeschritten, mar könne aber von der Polizei nicht verlangen, daß sie auf Geschmacksrichtungen erzieherisch wirke. Die pornographische Literatur werde meist nicht in Deutschland gedruckt, sondern komme aus dem Auslande. Die Berliner Nacktaufführung sei bereits der Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung.

Abg. Meyer-Erfurt (D. Vp.) hält die Ausführungen des Regierungsvertreters nicht für befriedigend. Er verweist auf das ungeheure Anteigen der Kriminalfälle, die aus der Verführung der Jugend durch unsittliche Vorstellungen hervorgegangen sind und appelliert an Familie, Kirche, Schule, sowie Presse hier mitzuhelfen, und der Verseuchung unserer Jugend entgegen zu wirken. Alle diese Bestrebungen müßten in den Jugendämtern ihre Zentrale finden.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) erklärt sich gegen die Ausdehnung der Zensur auf das ganze Theater. Die Erfahrungen mit der Polizeizensur seien zu übler Art gewesen, dagegen könnten die Vorschriften der Kinozensur auch auf die Reklame ausgedehnt werden.

Abg Kimpe (Dem.) ist gegen alle gewaltsamen Eingriffe in das Kunstliteraturleben. Die erforderlichen Schutzgesetze seien bereits vorhanden, es hapere nur mit der Ausführung. Seine Partei werde im Ausschuß daran mitarbeiten, die vorhandenen Schutzmittel besser auszunützen.

Abg Kilian (U. S.) meint, wer sich über nackte Kinderarme und Beine entrüste, gehöre in eine Irrenanstalt. Seine Partei weigert sich entschieden, der Polizei neue Machtmittel zu Eingriffen in die Literatur und Kunst zu geben. Daß die breiten Massen des Volkes entsittet würden, sei eine große Uebertreibung, nur die Lebemänner drängten sich nach den Nacktvorstellungen.

Die Anfrage und der Antrag gehen sodann an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Es folgt die Anfrage des Abg. Wolff Hoffmann (U. S.), weshalb der Beschluß der Landesversammlung, **das Eheverbot für Lehrerinnen und Staatsbeamtinnen** aufzuheben, bisher nicht ausgeführt worden sei. In Verbindung damit wird über eine gleichartige Anfrage des Abg. Dr. von Krause (D. Vp.) verhandelt.

Abg. Frau Reich (U. S.) verweist auf den einschlägigen Beschluß der Landesversammlung vom 12. Dez. 1919 und fragt, warum ihn die Regierung nicht ausgeführt habe.

Abg. Frau Wöhlmann (D. Vp.) meint, das Verhalten der preußischen Regierung verstoße gegen die Reichsverfassung. Auch ihre Partei wolle nicht, daß das Verbleiben verheirateter Lehrerinnen im Amte zur Regel werde. Wenn sich aber eine Lehrerin zutraut, ihren Beruf im Amt und Haushalt zugleich genügen zu können, dürfe der Staat sie darin nicht hindern.

Ein Regierungsvertreter erwidert, die endgültige Regelung der Frage hänge noch von der Beschaffung weiterer Grundlagen durch das Reich ab. Ueberdies bedürfe es der Beamtinnen zu erproben. Eine vorläufige Regelung sei schon durch Ministererlaß getroffen. Jetzt seien nunmehr vom Reichsministerium des Innern Richtlinien gegeben, welche die Staatsregierung zur Auffrollung neuer Grundsätze veranlassen würden.

Abg. Frau Egel (Soz.): Wir haben bereits Beispiele, wie ausgezeichnet sich gerade mit dem Berufe der Mutter die Lehrertätigkeit vereinigen läßt. Das Eheverbot fördert nur die Prostitution unter den Lehrerinnen.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.): Die demokratische Partei ist immer für die Aufhebung des Eheverbots gewesen.

Abg. Frau Wronka (Ztr.): Die Arbeitslosigkeit, die Nahrungsschwierigkeiten und der Wohnungsmangel sprechen dafür, daß die Ehe in erster Linie solchen Frauen vorbehalten bleiben sollten, die nicht wie die Beamtinnen und Lehrerinnen in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Gegen die unbeweisbare Schlußfolgerung der Frau Egel aus dem Eheverbot erhebe ich schärfsten Einspruch.

Abg. Heise (Dn.): Auch wir haben grundsätzliche Bedenken gegen die Aufhebung des Eheverbots, sie wäre kulturschädigend, weil die verheiratete Frau gar nicht in der Lage ist, ihre ganze Kraft ihrem Amte zu widmen. In besonderen Einzelfällen kann man ja Ausnahmen zulassen.

Abg. Frau Garnich (D. Vpt.): Wir halten die Beschränkung des persönlichen Rechts durch Eheverbote für unzulässig.

Abg. Frau Reich (U. S.): Frau Wronka hat eigentlich eine Rede gegen ihre eigene Anwesenheit in diesem Hause gehalten.

Die Aussprache schließt. Nächste Sitzung Dienstag, 23. Septmeber, 1 Uhr nachmittags.

Deutsches Reich.

Die Entschädigung für die von Hölz Geschädigten. Im Vogtlande sind, wie die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei für Falkenstein und Umgebung mitteilt, den in Falkenstein durch die Bande des sächsischen Räuberhauptmanns Hölz geschädigten Personen bis jetzt Vorschüsse in Höhe von 1 173 750 Mark ausgezahlt worden.

Reichskohlenversorgung. Die Förderung der Steinkohlenzechen im Ruhrrevier, sowie der Abtransport gestalteten sich auch in der vergangenen Woche verhältnismäßig günstig. Die Lagerbestände konnten von 75 800 Tonnen am 18. Juli auf 70 650 Tonnen verringert werden. Die werktägige Wagenstellung erhöhte sich von 19 544 in der vergangenen Woche auf 19 705, neuerdings hat sich aber die Lage dadurch verschlechtert, daß der Zulauf an Leermaterial geringer geworden ist, infolgedessen werden Fehlziffern unausbleiblich sein. Die Kipperladung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen stieg um ein Geringes, sie betrug im Umschlag in Steinkohlen und Koks 331 737 Tonnen werktäglich und trotz des Rückgehens des Wasserstandes des Rheins auf 1,90, das ist 40 Zentimeter unter normal, ist Leerraum noch hinreichend vorhanden. Der Brennstoffzuschlag der Kanalzechenanlagen betrug 26 289 Tonnen werktäglich gegenüber 25 658 Tonnen in der Vorwoche.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden heute gewählt zum Stadtkämmerer der jetzige Kämmerer Boeß, zum Stadtsyndikus Stadtrat Dr. Lange-Neukölln, zum Stadt-Medizinalrat Stadtverordneter Dr. Rahenow-Schöneberg, zum Verkehrsstadtrat Oberingenieur Dr. Adler, der vom Ausschuß vorgeschlagen wurde.

Deutschlands Schiffsablieferungen. Nach einer Mitteilung der Wiedergutmachungskommission sind bis zum 16. September von Deutschland insgesamt 1 944 565 Brutto Register Tonnen Schiffsraum abgeliefert worden.

Ein „unerhörter Eingriff in die Verordnungsgewalt des Reiches". Unter dieser Ueberschrift hatte vor kurzem ein Teil der Reichspresse eine „kleine Anfrage" an die Reichsregierung wiedergegeben, in der eine Verordnung des Kreisdeputierten Moerker zur Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers im Mansfeldschen Seekreise als willkürlicher Uebergriff eines preußischen Verwaltungsorgans in die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung und Verordnungsgewalt bezeichnet wurde. Der „Dena" wird hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die unter dem 2. August seinerzeit erlassene Verordnung des Kreisdeputierten auf Anordnung des Regierungspräsidenten bereits am 4. August wieder aufgehoben worden ist, daß also von der Preußischen Regierung damals sogleich das Erforderliche zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes geschehen war.

Die Posthelfer bei den Postscheckämtern.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die von einem Vertreter des Reichspostministeriums kürzlich im Reichstag auf eine kleine Anfrage gegebene Auskunft, daß die Reichspostverwaltung beabsichtige, die bei den Postscheckämtern noch vorhandenen Posthelfer soweit es sich nicht um Kriegsbeschädigte handle, allmählich durch weibliche Kräfte zu ersetzen, ist in den Zeitungen dahin ausgelegt worden, daß auf diese Weise nicht weniger als 45 000 männliche Aushilfskräfte erwerbslos werden würden. Tatsächlich kann von einer etwaigen Entlassung einer derartigen Zahl von Posthelfern aus dem Betriebe der Postscheckämter schon deshalb keine Rede sein, weil bei den Postscheckämtern des hiesigen Reichspostgebiets überhaupt nur rund 1000 Posthelfer beschäftigt werden. Da in dem hiesigen Reichspostgebiet zurzeit 10 Postscheckämter vorhanden sind, erreicht die Zahl der bei den größeren Postscheckämtern beschäftigten Posthelfer im Durchschnitt mehrere Hundert während — sie bei den kleineren Postscheckämtern bis auf etwa 30 — herabsinkt. Man sollte eigentlich als selbstverständlich annehmen, daß diese Belegzahlen denjenigen bekannt sind, die zugunsten der Posthelfer der Postscheckämter in den Zeitungen gegen jene Maßnahme des Reichspostministeriums Einspruch erheben.

Hinsichtlich der Durchführung des Austausches hat das Reichspostministerium schon vor einiger Zeit noch besonders angeordnet daß er mit möglichster Schonung und unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der zu entlassenden Posthelfer nur in langsamer Zeit stattfinden solle. Hierbei kann die Kündigungsfrist, auch wenn vertraglich eine kürzere Frist vereinbart worden war, bis auf sechs Wochen ausgedehnt werden. Außerdem sind die betreffenden Posthelfer noch möglich zeitig von der bevorstehenden Kündigung in Kenntnis zu setzen.

Ausland.

Die Untersuchung der Morgan-Explosion.

New York, 22. Sept. Die Untersuchung über die Ursachen der großen Explosion am Bankhaus Morgan ist auf dem toten Punkt angelangt. Es fehlt noch immer jede glaubwürdige Erklärung. Auf Grund neuer Warnungen und Drohbriefe, die die Sprengung des New Yorker Zollhauses ankündigte, wird dieses seit gestern ständig bewacht. Ein Bankbeamter, der bei der letzten Explosion leicht verwundet wurde, nahm gestern seine Arbeit wieder auf. Noch an den Folgen der erlittenen Nervenerschütterungen leidend, glaubte er plötzlich, daß eine neue Explosion bevorstände und stürzte sich aus dem zehnten Stockwerk auf die Straße, wo er tot liegen blieb.

Oesterreichs Wiederaufbau.

Wien, 23. Sept. Wie die „N. Freie Presse" meldet, beschäftigt sich die Wiener Sektion der Reparations-Kommission damit, einen Finanzplan auszuarbeiten und den Wiederaufbau Oesterreichs durch bestimmte Garantien zu erleichtern. Oesterreich soll vom Auslande über den Rahmen der bereits bewilligten Kredite hinaus noch weitere finanzielle Aushilfe in Form von Anleihen zur Beschaffung von Rohstoffen erhalten. Ein Mitglied der Wiener Sektion wird sich zur Brüsseler Finanzkonferenz begeben, um dort eine Darstellung der finanziellen Lage Oesterreichs zu geben.

Die türkische Staatskrise.

Konstantinopel, 22. Sept. Auch der Scheich ül Islam hat seine Entlassung eingereicht.

Die Streikfrage in England.

London, 22. Sept. Einer Reutermeldung zufolge besagt der kurze offizielle Bericht über die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten, daß die Konferenz das Streikprogramm annimmt. — Die Delegierten des Eisenbahnerverbandes hielten eine lange Konferenz ab, um über den drohenden Streik der Kohlenbergwerksarbeiter zu beraten. Mitteilungen über den Verlauf der Konferenz wurden nicht veröffentlicht.

London, 22. Sept. Die Konferenz zwischen Lloyd George und den Delegierten des Arbeiterdreibundes am Mittwoch abend dauerte 3½ Stunden. Die Delegierten des Dreibundes werden über die Verhandlungen in der Vollversammlung am Donnerstag vormittag Bericht erstatten. Es verlautet, daß Lloyd George seinen Standpunkt aufrechterhalten habe, daß die Frage der Lohnerhöhung einem Schiedsgericht zu unterbreiten sei.

Die leere Staatskasse.

or. **Kopenhagen,** 22 Sept. Nach „Politiken" hatte der dänische Staat bei Antritt des gegenwärtigen Ministeriums einen Kassenbestand von 300 Millionen Kronen. Der Finanzminister P. O. A. Andersen hat nun vor einigen Tagen in „Berlingske Tidende" erklärt, daß daraus nur 30 Millionen für südtürkische Zwecke ausgezahlt worden seien. Er bestreitet aber, daß die Wiedervereinigungsanleihe und auch die Millionensumme aus dem Verkaufe Dänisch-Westindiens verbraucht worden seien. Trotz allem ist die Staatskasse, die vor einem halben Jahre noch etwa 300 Millionen enthielt, im Augenblick bis auf den Boden geleert. Im Laufe von nur sechs Monaten glückte es dem Ministerium Neergaard, die Staatskasse leer zu bekommen. „Jeder weiß", sagen „Politiken", „daß neue große Steuern die Folge davon sein werden, aber es ist nicht möglich, zu erfahren, wer die Steuern bezahlen soll. Das scheint auch bis nach den Wahlen ein süßes Geheimnis zu bleiben zu sollen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200924014/fragment/page=0002

Halle und Umgebung.

Halle, den 24. September 1920.

Die Umsatzsteuerpflicht der Theater.

Der Reichsfinanzhof hatte darüber Entscheidung zu treffen, ob der Betrieb eines Theaterunternehmens mindestens insoweit, als der Unternehmer nicht selbst als Schauspieler dabei tätig geworden ist, als eine selbständige gewerbliche Tätigkeit im Sinne des Umsatzsteuergesetzes anzusehen ist und der Steuerpflicht unterliegt. Die Vorinstanz hatte die Frage bejaht. Der Theaterunternehmer, welcher völlige Befreiung von der Umsatzsteuer forderte, behauptete, daß die staatlichen und städtischen Theaterunternehmungen, die er kenne, als steuerfrei behandelt worden seien.

Der Reichsfinanzhof wies den Beschwerdeführer endgültig ab und führte u. a. aus, der Beschwerdeführer habe keinen Anspruch auf Steuerfreibeit für sein Theaterunternehmen. Zu einer selbständigen gewerblichen Tätigkeit im Sinne des § 1 des Umsatzsteuergesetzes sei im wesentlichen nichts erforderlich als eine selbständige, in entgeltlichen Lieferungen oder Leistungen bestehende Tätigkeit. Diese Voraussetzungen liegen bei dem Betriebe eines Theaterunternehmers vor, ohne daß es dabei darauf ankomme, ob bei den Theatervorstellungen ein höheres Interesse der Kunst obwalte oder nicht.

Schwurgericht.

In der Sitzung am 22. September unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger wurden als Geschworene ausgelost die Herren Diplom-Ingenieur Paul Reuter-Halle, Gutsbes. Eduard Hülbe-Ostrau, Kaufmann Otto Endlich-Dettstedt, Gutsbes. Paul Febse-Bruckdorf, Kaufmann Paul Wiegand-Merseburg, Generalvertreter Bernhard Helmbold-Halle, Rendant a. D. Otto Mehrmann-Schaafstädt, Rittergutspächter Friedrich Meyer-Löberitz, Gesanglehrer Paul Dießner-Gisleben, Bergwerksdirektor Otto Scheibing-Schlettau (Obmann), Juwelier Gustav Elässser-Dölau, Landwirt Franz Wegeleben-Wansleben. Die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mauer, die Verteidigung des Angeklagten hatte Rechtsanwalt Dr. Fackenheim.

Mordversuch

wurde dem 1877 geborenen und nach unbestraften Landwirt Robert Reinicke in Dederstedt zur Last gelegt. Der Angeklagte ist vom ersten Mobilmachungstage an Soldat gewesen und hat zweimal an Malaria gelitten; er ist zwischendurch einmal reklamiert gewesen. Seit etwa einem Jahre verkehrte der Abdeckereibesitzer Gary in Neu-Helfta sehr häufig im Hause des Angeklagten; er wurde der Zerstörer der Ehe des Angeklagten, der sich schließlich gezwungen sah, den Gary brieflich zu bitten, seine Besuche bei ihm einzustellen. Dieser Brief ist unterm 30. März d. J. zurückgegangen mit der Bemerkung: „Annahme verweigert. Absender Reinicke in Dederstedt", obwohl R. seinen Namen nicht als Absender angegeben hatte. Gary will den Brief gar nicht gesehen und auch nicht haben zurückgehen lassen, wie er in der Hauptverhandlung unter seinem Eide aussagte; jedenfalls setzte er seine Besuche fort. Die Ehefrau des Angeklagten verließ Anfang April sein Haus, ihre Sachen brachte sie in einem Korbe mit Hilfe des Dienstmädchens bis an die Grenze des Ortes, wo sie von einem Auto Garys aufgenommen wurden, der also vorher benachrichtigt gewesen sein muß. Der Angeklagte hat inzwischen die Scheidung von seiner Frau beantragt, aber auch die Ehefrau des Gary betreibt die Scheidung von ihrem Manne, teils wegen des Verkehrs mit Frau Reinicke, aber auch, weil ihr noch zwei andere Sachen ihres Mannes Veranlassung dazu gegeben haben.

Am 24. April abends gegen 6 Uhr ist nun der Angeklagte von Hause fortgegangen, um sich auf seinem Acker aufzuhalten, da ihm mehrfach Weizen entwendet wurde; er hat sich in einer Feldscheune aufgehalten, ist eingeschlafen und erst nachts gegen 1 Uhr wieder nach Hause gekommen. Inzwischen ist aber an demselben Abend auf Gary, der sich nach dem Abendessen in seinem Zimmer befunden hat, von außerhalb des Hauses geschossen worden, und zwar fünfmal, auerst ein Schuß, dann zwei Schüsse kurz hintereinander; dann nach kleiner Pause noch zweimal kurz hintereinander. Nach dem dritten Schusse hat Gary nun aus seinem hell erleuchteten Zimmer durch das Loch in der Fensterscheibe hinausgesehen in die tiefe Dunkelheit draußen und will dabei den Angeklagten auf das Bestimmteste erkannt haben, wie er früher vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt hatte. In der Hauptverhandlung unter Eid erklärte er aber, daß er nicht behaupten könne, den Angeklagten erkannt zu haben, er habe aber das Gefühl gehabt, daß es der Angeklagte gewesen sei. An dem Abend ist Gary gleich nach der Tat zum Landjägermeister gegangen und hat die Sache zur Anzeige gebracht, der sich zu der Wohnung des Angeklagten begeben hat, ihn aber nicht anwesend fand. Als der Landjägermeister im Beisein des Wachtmeisters noch mit den Schwiegereltern Reinickes verhandelt hat, ist Reinicke eingetroffen; er hat einige Schweißperlen im Gesichte gehabt, und seine Stiefeln sollen auch sehr beschmutzt gewesen sein wie bei einem, der über Land gewesen ist. Reinicke ist aber sonst ganz ruhig und auch nicht überrascht gewesen und hat nur gefragt, was ist denn los. Auf den Vorhalt des Landjägermeisters hat er gleich bestritten, daß er der Schütze gewesen sei, und in der Hauptverhandlung blieb er bei dieser seiner früheren Behauptung. Hätte Gary nicht früher vor dem Untersuchungsrichter mit solcher Bestimmtheit ausgesagt, er habe den Reinicke erkannt, so wäre eine Anklage wohl überhaupt nicht erhoben worden; nachdem Gary nun in der Hauptverhandlung nicht auf seinen Eid nehmen wollte, daß er Reinicke erkannt habe, war es die Aufgabe des Verteidigers Dr. Fackenheim, die Geschworenen zu überzeugen, daß auch ein anderer der Schütze gewesen sein könne, da ein Beweis für die Schuld des Angeklagten ja nicht zu erbringen war. Zwar hatte der Angeklagte früher wohl geäußert, er wolle dem Gary schon noch eins auswischen, ein anderes Mal, er würde ihm „die Presse voll Schrot hauen", aber Gary selbst hat früher, als er davon hörte, kein Gewicht auf derartige Aeußerungen gelegt. Auch der Umstand, daß die Stiefeln, die der Angeklagte an jenem Abend getragen hatte, in die Fußspuren vor dem Fenster des Gary paßten, konnte für einen Schuldspruch nicht ausschlaggebend sein, obwohl er geeignet war, den Angeklagten zu belasten. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, worauf der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde.

Der Evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen, der vom 10. bis 12. Oktober in Halle stattfindet, verspricht eine bedeutsame Veranstaltung zu werden, und ein Mittel, die in der Gegenwart weit auseinandergehenden Anschauungen über Unterricht und Erziehung zu klären. Am Sonntag finden in allen Kirchen Halles Predigten über christlich-evangelische Erziehungsfragen statt. Die erste öffentliche Versammlung wird sich mit großen Lehrern und Erziehern beschäftigen. Martin Luther und August Hermann Francke, Rousseau und Pestalozzi werden in Vorträgen von P. Wotirich-Sangerhausen und Inspektor Buchmann-Halle behandelt werden. Eröffnet wird die Tagung durch den Vorsitzenden des Bundes „Haus und Schule", Konsistorialrat Gutschmidt-Halle. Das Schlußwort hat Professor D. Lang. Im Mittelpunkte der zweiten Hauptversammlung, die Generalsuperintendent D. Schöttler-Magdeburg eröffnen wird, steht das Thema: Die Stellung des Religionsunterrichtes im nationalen Bildungswesen von Geh. Regierungsrat Prof. Voigt-Thale. Die dritte Hauptversammlung wird sich mit dem Thema beschäftigen: Christliche Erziehung und zerstörender Zeitgeist von Landesdirektor Winckler-Oels. Begrüßung bezw. Schlußwort liegen in den Händen von Sup. Dr. Harnisch und Sup. Meinhof-Halle. Besondere Versammlungen am Dienstag sind den Erziehungsfragen an den Kleinsten, Konfirmanden und Konfirmierten gewidmet. Lehrer Sommer, Sup. Moehr, Pastor Wagner, Pastor Dr. Hagemeyer, Pastor Gisecke-Halle werden zeitgemäße Fragen der Kinderbewahranstalten, des Kindergottesdienstes, des Konfirmandenunterrichtes und der konfirmierten Jugend behandeln. Anmeldungen für Freiquartiere nimmt Lehrer Sommer-Halle, Wielandstraße 21, entgegen.

Provinzial-Nachrichten.

Harzburg, 22. Sept. (Mord.) In der Dienstagnacht wurde der als Nachtwächter angestellte Müller erschossen. Der Tatbestand ist folgender: Gegen 2 Uhr nachts wurden Hilferufe und kurz darauf zwei Schüsse vernommen. Bald darauf fand man den Nachtwächter Müller mit zwei Schußwunden durch Kopf und Brust vor der Petholdschen Verkaufshalle tot liegen. An der Verkaufshalle war an einem Seitenfenster eine Scheibe zertrümmert. Durch das Geräusch wird Müller herbeigerufen sein; auf seinen Hilferuf haben dann die Einbrecher auf ihn geschossen und sich davon gemacht, ohne aus der Halle etwas mitzunehmen. Es handelt sich wahrscheinlich um dieselben Verbrecher, die vor einigen Wochen in die Verkaufshalle des Kaufmanns Martin „Unter den Eichen" eingebrochen sind und für etwa 40 000 Mark echte Spitzen, sehr wertvolle Decken und anderes gestohlen haben.

Jena, 23. Sept. (In einer gemeinsamen Sitzung des Gewerkschaftskartells) wurde der Ankauf des Gasthauses „Zum Löwen", des bisherigen Gewerkschaftshauses, beschlossen. Der Kaufpreis soll 1 Million Mark betragen.

♁ **Eisenberg**, 23. Sept. (Die Wurstfabriken) haben ihre Betriebe eröffnet und verarbeiten dänische Rinder, von denen bereits größere Transporte angelangt sind.

Stapelburg, 22. Sept. (Maskierte Räuber.) Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der hiesigen Amtsmühle versucht. Zwei mit Masken versehene Männer waren auf der Rückseite des Grundstücks durch den Pferdestall eingedrungen und hatten einen jungen Mann, der ihnen dort entgegentrat, mit Knüppelhieben über den Kopf bereits zu Boden geschlagen, als die Gattin des Mühlenbesitzers, Frau Martin, dazu kam und Lärm schlug. Die Diebe, die wahrscheinlich vermutet haben, daß Frau Martin allein zu Hause sei und die es offenbar auf bares Geld abgesehen hatten, ergriffen nun die Flucht durch den Wald nach Schauen zu.

Sonnebrg, 21. Sept. (Die Elektrizitätsversorgung) des Kreises Sonneberg nimmt nunmehr greifbare Formen an. Der Kreisausschuß hat seine grundsätzliche Zustimmung zu einem Stromlieferungsvertrag mit der Elektrizitätslieferungsgesellschaft in Breitungen gegeben. Zur Durchführung der Versorgung macht sich ein Darlehn bis zu 13½ Millionen Mark notwendig. Der Bau der Göritztalsperre würde 14½ Millionen Mark verursachen, für den ganzen Kreis würde aber die Kraftmenge bei weitem nicht ausreichen. Weiter sah sich der Kreisausschuß vor die Frage gestellt, ob man die bestellten Kartoffeln, die nach den Lieferverträgen 31,75 M. kosten, von außerhalb Thüringen abnehme, nachdem in Thüringen mit den Landwirten eine Einigung auf 20 M. erzielt worden sei. Nach langer Debatte wurde der Antrag auf Abnahme angenommen, da man den ganzen Kartoffelbedarf in Thüringen nicht decken kann.

√ **Tangermünde**, 23. Sept. (Die Thüringer Gasgesellschaft) in Leipzig ist an die Stadt herangetreten wegen Versorgung Tangermündes mit Gas. Die Gesellschaft hat die Absicht, hier ein Gaswerk zu errichten.

Kunst und Wissenschaft.

Der neue Kurator der Universität Marburg. Anstelle des in den Ruhestand tretenden Kurators Geh. Oberregierungsrat Haßenpflug ist der Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im preuß. Kultusministerium Dr. jur Ernst v. Hülsen zum Kurator der Universität Marburg ernannt worden. Dr. v. Hülsen ist 1875 zu Bischofswerder, Kreis Rosenberg in Westpreußen, geboren. Auf dem Gymnasium zu Kulm vorgebildet, widmete er sich in Halle und Berlin zunächst zwei Semester theologischen und philosophischen Studien, studierte dann an letzgenannter Universität Rechts- und Staatswissenschaften, die er in Königsberg beendete. Ebenda bestand er 1898 die erste jurist. Prüfung, erwarb in Jena den Doktorgrad und wurde 1903 nach bestandener großer jurist. Staatsprüfung zum Gerichtsassessor ernannt. Nach kurzer Tätigkeit als Hilfsrichter beim Amts- und Landgericht Danzig wurde er Mai 1904 als Hilfsarbeiter in das preuß. Kultusministerium berufen und der Abteilung für Hochschulen, Kunst und Wissenschaft überwiesen. Okt.—Dez. 1904 war er kommissarisch als Prokurator der Landesschule in Pforta und sodann bis September 1906 als Justitiar und Verwaltungsrat beim Provinzialschulkollegium in Berlin tätig. Im September 1906 zum zweiten Male als Hilfsarbeiter in das preuß. Kultusministerium einberufen, wurde er hier gleich darauf zum Regierungsassessor und 1911 zum Regierungsrat, im November 1912 zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat und 1916 zum Geheimen Oberregierungsrat befördert. Seit September 1906 gehört Geheimrat v. Hülsen ununterbrochen der Hochschulabteilung des Kultusministeriums an, in der er zunächst mehrere Jahre im Personalreferat tätig war und nunmehr seit zehn Jahren das Referat für die äußeren Angelegenheiten der Universitäten Breslau, Halle, Marburg, Göttingen, Münster, Bonn, Frankfurt a. M. und Köln verwaltete. Längere Zeit hindurch hat er auch zugleich in der Abteilung für die höhere Lehranstalten des Kultusministeriums die Dienstaltersangelegenheiten der Oberlehrer in Preußen als Referent bearbeitet. Am 29. Juli 1920 verlieh ihm die medizinische Fakultät der Universität Halle die Würde eines Ehrendoktors der Medizin.

Vermischtes.

Eine Kirche in Bochum eingeäschert.

Aus Bochum wird uns telegraphiert: Die Probstei-kirche am Alten Markt ist vollständig niedergebrannt. Das Feuer, das im Dachstuhl entstand, verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit und legte die Kirche bis auf die Umfangsmauern nieder. Die Feuerwehren von Bochum und Umgebung, die sofort die Löscharbeiten versahen, waren dem Feuer gegenüber ziemlich machtlos und konnten lediglich die benachbarten Gebäude schützen. Bereits 10 Minuten nach Beginn des Brandes stürzte der Turm in sich zusammen. Die Kirche beherbergte wertvolle historische Kirchenschätze. Ueber die Entstehung des Brandes liegt noch nichts genaues vor.

Die 60. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure wurde am Montag in der Aula der Technischen Hochschule Charlottenburg, durch den Vorsitzenden Generaldirektor Reinhardt-Dortmund in Gegenwart des Reichsverkehrsministers, des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, von Vertretern der Landesregierungen und befreundeter Vereine eröffnet. Unterstaatssekretär a. D. Professor W. von Moellendorff sprach über das Thema: „Wirtungsgrad", wobei er den Begriff über die engere Fachbedeutung hinaus erweiterte, das Gebiet der Technik mit einer Weltanschauung verband. Im Anschluß daran erörterten Direktor Jung-Berlin und Oberingenieur Hanner-Nürnberg, die Frage der wirtschaftlichen Arbeitsgestaltung bei der Massenfertigung und Einzelfertigung von Gütern.

Plattdeutsch auf Notgeld. Immer mehr bürgert sich die Sitte ein, Notgeld niederdeutscher Städte und Landschaften mit plattdeutschen Sprüchen zu versehen. Die 20-Pfg.-Gutscheine für Norder- und Süder-Dithmarschen zeigen über einer Abbildung des Dusenddüwelswarf-Denkmals die Worte: „Nicht vlegen sondern staen, dat is in Gott gedan." Die 50-Pfg.-Scheine der Stadt Husum geben zu einem Bilde des Rathauses die Verse Emanuel Gurlitts: „Dat Rathus het geheime Kraft: Slet't Standesamt dor Wunder schafft, Geiht een herin as ohle Brut, Kummt se as junge Fru herut." Die Stadt Otterndorf fordert auf ihren 50-Pfg.-Scheinen: „Bur un Bürgersmann, Schipper un Knecht, seggt all mit Hann an, denn ward weller Recht!" Und auf den 25-Pfg.-Scheinen ruft sie: „Rut ut de Schiet, rin in de Boot! Her mit uns Scheep! Seefahrt is not!"

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Neuordnung der Gütertarife.

Berlin, 23. Sept. Heute früh begann im preußischen Abgeordnetenhause unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers die Besprechung über die systematische Neuordnung der Gütertarife. Der Reichsverkehrsminister wies in seiner Begrüßungsrede auf den ungeheuren Ernst der Wirtschaftslage hin, zu deren Gesundung in erster Linie der Wiederaufbau der Reichseisenbahnen und die Ordnung ihrer Finanzen notwendig sei. Dazu gehöre vor allem die Anpassung des Tarifsystems an die heutigen Wirtschaftsverhältnisse. Das Personal der Eisenbahn vom obersten Beamten bis zum letzten Arbeiter müsse wieder mit freudiger Hingabe seine Arbeit verrichten. Seine, des Ministers, Aufgabe werde es sein, mit fester Hand und klarem Kurs für Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin zu sorgen. Er wisse, daß die große Masse des Personals durchaus auf dem Boden des gesunden Ordnungsgedankens stände und bereit sei, an der Gesundung mitzuarbeiten. Von außen aber werde immer noch Unruhe und Unzufriedenheit in die Eisenbahner hineingetragen. Er werde nicht dulden, daß die Eisenbahn zum Tummelplatz politischer und wirtschaftlicher Händel gemacht werde.

Die Versammlung trat alsdann in die sachliche Beratung der Tagesordnung ein, die die Neuregelung des deutschen Eisenbahn-Güter- und Tiertarifs zum Gegenstand hat.

Zum Steuerabzug.

WTB. **Berlin, 23. Sept.** Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: In der Bekanntmachung vom 1. Sept. betreffend Erleichterungen bei der Ausführung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn wurde die Gültigkeit des Paragraphen 1b der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920 betreffend Freilassung von den Durchschnittsbeträgen beim Steuerabzug bis Ende September verlängert. Es muß davon abgesehen werden, auch nach dem 30. September die Freilassung von den Durchschnittsbeträgen zuzulassen. Bei den nach dem 30. September stattfindenden Lohnzahlungen ist daher in allen Fällen nach der Vorschrift des § 1 der vorläufigen Bestimmungen zu verfahren.

Der neue Oberschulrat von Berlin.

WTB. **Berlin, 23. Sept.** (Drahtnachricht.) In der außerordentlichen Sitzung der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielt bei der Abstimmung über den Posten eines Oberschulrats von Berlin Dr. Löwenstein von der U. S. P. D. 109 Stimmen. Dr. Löwenstein ist zum Oberschulrat von Berlin gewählt.

Von der Brüsseler Konferenz.

Paris, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet, daß in die Programmpunkte der Brüsseler Konferenz nachträglich ein Antrag von belgischer Seite aufgenommen werde, wonach ein Internationales Finanzinstitut zur Finanzierung von Anleihen gebildet werden soll, an welchem alle Staaten, die an der Konferenz vertreten sind, beteiligt sein sollen.

Veränderungen in der oberschlesischen Verwaltung.

Basel, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Baseler Nachrichten" erfahren, dürfte der General Le Rond auf seinem Posten verbleiben. Aber trotzdem werden für die nächste Zeit größere Veränderungen in der Verwaltung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes erwartet. General Le Rond wird mit neuen Instruktionen nach Oberschlesien zurückkehren. Außerdem wird das englische Verlangen nach der paritätischen Aufteilung aller Truppen berücksichtigt werden. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß in einigen leitenden Stellen der Interalliierten Kommission ein Personenwechsel eintreten wird. Die neuen Instruktionen der Botschafterkonferenz dürften sich vornehmlich mit der Zivilverwaltung beschäftigen und auf eine unbedingte Parteilosigkeit hinweisen.

Repressalien der Polen.

Schoppinitz, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Vergangenen Sonntag hat die neu eingetroffene Abstimmungspolizei ihre Tätigkeit aufgenommen. Als sie am Morgen einige Verhaftungen von Polen vornahm, rief der Kommandant der dortigen polnischen Organisation die Leute zu einer Sitzung zusammen, in der er u. a. sagte, daß, wenn nicht bis zur achten Abendstunde die verhafteten Polen freigelassen werden, dafür 10 Deutsche verhaftet und nach Sosnovice verschleppt würden. Die neuerliche hetzerische Agitation der Polen in Schoppinitz ruft in der deutschen Bevölkerung große Erregung hervor.

WTB. **Breslau, 23. Sept.** (Drahtnachricht.) Nach einer hier vorliegenden Meldung aus Oppeln wurde dort gestern abend auf der Rosenbergstraße der Eisenbahnwerkstattschlosser Frangel von einem französischen Offizier erschossen.

Minister des Innern Koch fährt nach München.

Berlin, 23. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Deno" erfährt, ist Reichsminister Koch heute nach München abgereist. Wie verlautet, ist die Dauer seines dortigen Aufenthaltes auf acht Tage berechnet. Ueber den Zweck der Reise gehen die verschiedensten Gerüchte um, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Vom Reichsministerium des Innern ist auf Anfrage merkwürdigerweise über den Zweck der Reise des Ministers nichts zu erfahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200924014/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Karlshorst.

Kiesemahl-Jagdrennen. 16 000 Mk. 3400 Meter. 1. Schanze (Heuer), 2. Ausgleich, 3. Wendekreis und Mara. Tot. Sieg 49, Platz 19, 55, 9, 11:10. Ferner liefen Deinbart, Mechow, Minimax, Rufa.

Pappel-Jagdrennen. 18 000 Mark. 3600 Meter. 1. Eichwald (Lewicki), 2. Marmolata, 3. Ophelia. Tot. Sieg 32, Platz 14, 14, 22:10. Ferner liefen Favoritin, Escadron, Pipisay, Rosenritter.

Jüchterpreis-Jagdrennen. 31 000 Mark. 4200 Meter. 1. Galant (Leichmann), 2. Manchem, 3. Duß. Tot. Sieg 16, Platz 12, 18, 23:10. Ferner liefen Lancelot, Sabine, Malachit, Feuerbach, Rothart.

Kinder-Rennen-Ausgleich. 16 000 Mk. 1200 Meter. 1. Käthi (Wenzel), 2. Finnländer, 3. Immelmann. Tot. Sieg 294, Platz 50, 20, 18:10. Ferner liefen Kaysenjammer, Pirol, Fontafee, Diadem, August, Maikottchen, Germa.

Hauptbürdenrennen. 60 000 Mark. 3000 Meter. 1. Tarlatan (Leichmann), 2. Heribert, 3. Olympia. Tot. Sieg 89, Platz 30, 51, 35:10. Ferner liefen Larissa, Antilope, Zarin, Finbage, Rothbremse, Oberon, Baltasar, Harmonie, Henricus, Geisterstunde, Dolde.

Reinickendorfer Jagdrennen. 18 000 Mark. 3000 Meter. 1. Galeere (Kränslein), 2. Satrap, 3. Flote. Tot. Sieg 30, Platz 15, 11, 28:10. Ferner liefen Sittard, Sonnenblume, Wachtel, Baldon, Wareghem, Primus, Theorie, Sent.

Master-Wille-Jagdrennen. 16 000 Mk. 5200 Meter. 1. Jassjolda (Hr. n. Berchem), 2. Haut Brion, 3. Ostry. Tot. Sieg 32, Platz 15, 15:10. Ferner lief Ortrud.

Rennen zu Hamburg.

Entschädigungsbürdenrennen. 16 000 Mark. 3200 Meter. 1. Heidesje (Gädicke), 2. Atiella. Tot. Sieg 14:10. 2 liefen.

Glashütter Rennen. 17 000 Mark. 1000 Meter. 1. Wächter (Kaiser), 2. Brise, 3. Balkcfarda. Tot. Sieg 22, Platz 12, 14, 14:10. Ferner liefen Tulpe, Gerd, Hilde II, Narde, Salvadore.

Sternschanze Jagdrennen. 16 000 Mk. 3200 Meter. 1. Pity the blind (Weber), 2. Marc Anton. Tot. Sieg 18:10. 2 liefen.

Großbosteler Herbstausgleich. 30 000 Mark. 3250 Meter. 1. Peterwardein (Rastenberger) und Anemone (Schmidt), 3. Wigamur. Tot. Sieg 12, 9:10. 3 liefen.

Harksheider Ausgleich. 21 000 Mark. 2200 Meter. 1. Luftsalpf (Schläfke) und Occulta (Böttcher). Tot. Sieg 7, 9:10. 2 liefen.

Handy-Andy-Jagdrennen. 30 000 Mk. 5000 Meter. 1. Tantalus (Brown), 2. Oniz, 3. Sieg. Tot. Sieg 30, Platz 17, 19:10. Ferner liefen Radom, Lynch Law.

Abschiedsrennen. 20 000 Mark. 1600 Meter. 1. Artige (Rastenberger), 2. Widerstand, 3. Gilgenburg. Tot. Sieg 14:10. 3 liefen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Gründe für die starke Aufwärtsbewegung an allen Wertpapiermärkten blieben auch in der Berichtswoche bestehen. Indessen war am rheinisch-westfälischen Kuxenmarkte die Bewegung nicht mehr so durchgreifend, als an den anderen großen Börsen, zumal hier die Sozialisierungsfrage immerhin einige Vorsicht geboten erscheinen läßt und von den zahlreichen Gerüchten von Aufkäufen und Angliederungen bestimmter Unternehmungen in der jüngsten Zeit keine in die Tat umgesetzt worden ist. Erklärlich bleibt die starke Nachfrage nach ersten Werten infolge der weiteren Entwertung des Geldes und der bedeutenden Geldflüssigkeit.

Am Kohlenkuxenmarkt wurden in der ersten Hälfte der Woche bedeutende Anlagen in Konstantin der Große, Ewald, Graf Bismarck und König Ludwig getätigt, deren Kurse sich zunächst um etwa 4000—5000 Mk. über den vorwöchentlichen Preis stellten, um bei Gewinnfeststellungen wieder um Kleinigkeiten nachzugeben. Nach lebhafter waren die Umsätze in Graf Schwerin, Lothringen und Helene und Amalie, wo vorübergehend Steigerungen von etwa 7000—8000 festzustellen waren, die aber auch im weiteren Verlaufe zum Teil wieder verloren gingen. Das Gebiet der schweren Werte wurde dann von den linksrheinischen Unternehmungen abgelöst, von denen in den letzten Tagen bei großer Nachfrage Mörs und Wilhelmine Mevissen einen Stand von über 25 000 Mk. bezw. 38 000 Mk. erreichten und Diergardt einen solchen von 38 000 Mk. überschreiten konnten. Weiterhin wurden Adler, Kupferdreh, Karolus Magnus, Heinrich, Langenbrahm, Gottessegen, Johann Deimelsberg und schließlich die Kuxe stilliegender Felderunternehmungen vielfach gefragt und umgesetzt.

Der Braunkohlenmarkt lag dagegen ruhiger und erst in den letzten Tagen einstand für mitteldeutsche Unternehmungen lebhafterer Begehr, der zu Preissteigerungen in Gute Hoffnung, Leonhard, Michel und Vesta führte, die in einzelnen Fällen bis 2000 Mk. betrugen. Die übrigen Werte dieses Marktes aber nahmen an der Bewegung nicht teil.

Am Kaliwerte war die Kursentwicklung nicht einheitlich. Hier waren es vornehmlich auch wieder schwere Werte, die die Führung übernahmen. Glückauf-Sondershausen konnten den Kurs von 80 000 Mk. leicht überschreiten und Neustaßfurt gewannen weitere 4000 Mk. Von unterrichteten Stellen wurden Wintershall gekauft. Der Kurs der Kuxe erreichte einen Stand von etwa 340 000 Mk. Gefragt und zum Teil höher waren auch die Werte der Wilhelm Sauer Gruppe, weiterhin Einigkeit, Hope und Volkenroda. Die Gruppe der Gumpelwerte zeichnete sich gleichfalls durch größere Nachfrage aus, und vor allem wurden Asse und Friedrichroda lebhafter gefragt. Schließlich sind elsässische Unternehmungen zu erwähnen, die auf die Steigerung der französischen Währung ungefähr 5000 Mk. gewannen, ohne indessen ihren höchsten Stand behaupten zu können. Im übrigen waren an dem Geschäft der Woche fast sämtliche Werte des Marktes beteiligt, nur hielten sich die Umsätze in vielen Werten in engeren Grenzen und auch die Kursschwankungen waren unbedeutender. Kaliaktien zeichneten sich im Anschluß an die Steigerung der Kalimerte an der Berliner Börse durch umfassende Nachfrage aus, und Heldburg, Nonnenberg, Sigmundsball verzeichnen neue zum Teil erhebliche Preisaufbesserungen.

Der Reichswirtschaftsrat über die Spirituswirtschaft.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hat zur Frage der Spirituswirtschaft in einer seiner letzten Sitzungen eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Im Interesse der Sicherung der Ernährung ist an dem Grundsatze, daß der aus inländischen Rohstoffen hergestellte Branntwein von der Monopolverwaltung zu Trinkzwecken nicht abgegeben werden darf, auch weiterhin unbedingt festzuhalten. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist durch schärfste Kontrolle zu sichern. Dagegen ist die Befriedigung des Bedarfs an Branntwein zu technischen und häuslichen Zwecken eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die zur Erreichung dieses Zweckes herzustellende Branntweinmenge ist zurzeit auf anderthalb Millionen Hektoliter zu berechnen. Eine Erzeugung darüber hinaus soll nicht zugelassen werden. Von dieser Erzeugungsmenge darf aus Kartoffeln nicht mehr als 40 Prozent des Brennrechts hergestellt werden. Für die Herstellung der übrigen Menge ist insbesondere Mais und Melasse zu verwenden. Aus Kartoffeln oder Mais im landwirtschaftlichen Brennereien erzeugter Branntwein wird in genügenden Mengen erst Ausgang November zu erwarten sein. Um angesichts der gleichen Branntweinbestände keine Stockung in der Spirituswirtschaft eintreten zu lassen, sind die hierfür erforderlichen verfügbaren Melassemengen den Brennereien sofort zuzuführen. Es wird zu prüfen sein, ob in der Hefeindustrie nicht besser Mais anstatt Melasse als Rohmaterial zu verwenden ist. Eine große Gefahr droht der Spirituswirtschaft durch die verlangte Umstellung der Brennereien von Steinkohlen- auf Braunkohlenfeuerung. Besonders bei den landwirtschaftlichen Brennereien wird dies jedenfalls verzögernd auf den Beginn des Betriebes einwirken, in den meisten Fällen undurchführbar sein. Den zuständigen Behörden wird empfohlen, dieser Angelegenheit die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 23. Sept. Die Ausführungen des Reichsfinanzministers haben zwar der Börse wiederum das Finanzelend des Deutschen Reiches ins Bewußtsein gerufen, auf den Verkehr aber kaum eine nachhaltige Wirkung ausgeübt. Die Verschlechterung der Markvaluta im Auslande und das Anziehen der Devisenkurse wurden baumäßlich als naturgemäßer Rückschlag für die starke Abwärtsbewegung derselben angesehen. Im übrigen wurde die anfangs bemerkbare Zurückhaltung bald überwunden und unter Führung von Bochumer, die infolge des sehr befriedigenden Jahresabschlusses eine 4prozentige Steigerung erfuhren, befestigte sich der Montanmarkt wesentlich, wobei einige Werte, wie Hoesch, Mannesmann, Rombacherhütte wesentliche Steigerungen erfuhren. Lebhafte Meinungskäufe erfolgten in allen Farbwerten bei Kursbesserungen bis zu 27 Prozent, auch einige Spezialwerte zeigten Kauflust, so für Augsburg-Nürnberg, Orenstein und Koppel, Rheinmetall und Köln-Rottweiler. Dagegen schwächten sich Elektrowerte allgemein ab, nur Deutsch Uebersee stieg mehr als 40 Prozent. Von festverzinslichen Papieren waren Mexikaner wesentlich höher. Der Bankenmarkt zeigte bei mäßigen Kursänderungen wenig Regsamkeit. Von Kolonialwerten zeichnete sich Neu-Guinea durch eine Kurssteigerung von etwa 40 Prozent aus.

Produktenbericht.

Berlin, 23. Sept. Am Produktenmarkt hat die durch die Schilderung des deutschen Finanzministers vom Elend der Reichsfinanzen bewirkte Befestigung der Devisenkurse einen Rückhalt gegen weitere Preisverschlechterungen. In Futtererbsen, sowie Mais zeigte sich gute Nachfrage, auch Mischfutter hatte feste Tendenz. Ferner bestand für Oelsaat gute Meinung, obgleich die Provinz erheblich höhere Preise verlangte. Hinsichtlich Kartoffeln sind die Käufer recht vorsichtig wegen der Unsicherheit der Beförderung. Raubfutter behauptete seinen Preisstand. Stroh war wenig angeboten. Wetter ist trübe.

Devisenkurse.

Berlin, 23. September

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam – Rotterdam	1883,10	1886,90	1858,10	1861,90
Brüssel-Antwerpen	439,55	440,45	412,05	412,95
Christiania	804,20	805,80	799,20	800,80
Kopenhagen	824,15	825,85	799,20	800,80
Stockholm	1223,75	1226,25	1178,80	1181,20
Helsingfors	179,50	180,20	174,80	175,20
Italien	264,70	265,30	249,75	250,25
London	214,25	214,75	204,25	204,75
New York	61,43	61,57	59,81½	59,93½
Paris	417,05	417,95	389,60	390,40
Schweiz	984,00	986,00	959,00	961,00
Spanien	884,10	885,90	859,10	860,90
Wien (alles Deutsch-Oest. abgest.)	24,47	24,53	24,72	24,78
	26,57	26,53	26,22	26,28
Prag	80,90	81,10	80,90	81,10
Budapest	20,59½	20,65½	21,22	21,28
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenmarktpreise.

Berlin, 23 September.

Richtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	270—310	280—330
„ „ kleinere	210—260	230—270
Futtererbsen	170—180	170—185
Linsen	450—460	460—510
Peluschken	150—170	160—172
Ackerbohnen	160—172	160—175
Wicken	130—150	130—150
Lupinen	80—95	80—95
Seradella, alte	80—90	80—90
„ neue,	115—120	105—123
Vicia villosa,	370—375	390—400
Raps	375—380	370—375
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	370—390	370—390
Mohn	460—500	470—530
Senfsaat	170—190	170—195
Hirse, inländisch	130—180	130—180
Donauhirse	—	—
Kartoffelschnitzel	76—81	77—80
Kartoffelstärke	65—67	65—67
Weizenmehl, lose	25—26	25—27
Kleeheu	34—36	34—36
Stroh, drahtgepreßt	17—17,50	17—17,50
„ gebündelt	14—14,50	14—14,50
Mais, loko Hamburg, Bremen per	182	—
	175—176	177—178
Kartoffeln, sortiert	28—29	28—29
Reis, frei Kaimagz. Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Wollreis per	8,90	—
„ „ „ per	8,65	—
Burmareis, 14 tägig per	9,30	—
„ „ „ per	—	—

Tarifkündigung in der Kali-Industrie. Der am 9. März d. J. in der Kali-Industrie abgeschlossene Lohntarif ist vom Fabrikarbeiterverband, dem die in der Kali-Industrie tätigen Arbeiter zum größten Teil angehören, zum kommenden 1. November gekündigt worden.

Preisherabsetzungen in der amerikanischen Automobilindustrie. Die Fordschen Automobilfabriken kündigten die Herabsetzung der Preise für ihre Produkte auf die Höhe vor dem Kriege an. Die betreffenden Preisreduktionen belaufen sich auf 13—41 Proz. Für das bekannte Fordsche Auto beträgt die Herabsetzung 142 Doll.

Wieder höhere Weinpreise? Man schreibt der „Frkf Ztg.": Die jüngsten Versteigerungen von 1918er und 1919er rheinhessischen Naturweinen in Nierstein scheinen das Ende der Ermäßigung der Weinpreise zu bedeuten, wie sie in den letzten Monaten zu verzeichnen waren. Die Weine gingen jetzt alle bei starker Nachfrage rasch und schlank ab. Während bisher mehrfach Abbruch der Versteigerungen erfolgte, weil die Preise zu niedrig waren, sind diesmal bei zwei Versteigerungen die Taxwerte teilweise bis um die Hälfte überschritten worden. Die 1918er Niersteiner Naturweine kamen durchschnittlich auf 34 850 Mk. das Stück, der 1919er auf 35 240 Mk. das Stück.

Die führenden deutschen Sektkellereien beschlossen nach Meldungen Berliner Blätter, ihre Preise wesentlich herabzusetzen. Dadurch würden künftig auch die ersten Marken zu einigermaßen annehmbaren Preisen in den Handel gelangen. Die bekanntesten dieser Marken werden sich auf etwa fünfzig bis sechzig Mark pro Flasche im Lokalgeschäft stellen.

Dividendenvorschläge. Akt.-Ges. für Schlesische Leinenindustrie (vormals Kramsta) in Freiburg i. Schl. 16 (15) Proz. — Mälzerei-Akt.-Ges. vorm. Albert Wrede in Köthen (Anh.) wieder 7 Prozent bei etwas höheren Abschreibungen (i. V. 63,153 Mk.).

Eine Filmbank A.-G. wurde in Berlin mit 15 Mill. gegründet.

Der Kohlenmangel in Deutschland. Die August Thyssen-Hütte (frühere Gewerkschaft Deutscher Kaiser) ist genötigt, zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes größere Mengen amerikanischer Kohle aufzukaufen. Trotzdem die Hütte direkte Verbindung mit der Kohlenzeche hat, kann der Kohlenbedarf infolge der Ablieferungen auf Grund des Saar Abkommens nicht gedeckt werden. Die Brikettfabrik wird infolge des Kohlenmangels am 1. Oktober stillgelegt. Trotzdem werden große Erweiterungen des Hüttenbetriebes vorgenommen. Ein siebenter Hochofen wird erbaut, ein neues Blockwalzwerk mit elektrischem Betriebe errichtet und mehrere Walzenstraßen modernisiert. — Die Verwaltung der Saline Westernkotten sieht sich, nachdem die Kohlenlieferung für die Saline durch den Reichskohlenkommissar seit Mitte Juli gesperrt worden ist, genötigt, sämtlichen Arbeitern zum 15. Oktober zu kündigen. Damit kommt infolge des Abkommens von Spa die älteste Industrie von Westernkotten zur Stillegung.

Neugründung in der Krefelder Seidenindustrie. Die bedeutenden Oertkerschen Seidenfabriken in Krefeld wurden unter Einbeziehung der Seidenfabriken Lange und Esters unter der Firma Vereinigte Seidenweberei in eine Aktiengesellschaft mit 12 Millionen Mark Aktienkapital umgewandelt.

Die Hannoversche Brotfabrik schlägt die Verteilung von 12 Prozent Dividende, wie im Vorjahre, vor.

Der Burbacher Hüttenkonzern geht mit der Absicht um, außer in Köln auch in London eine Verkaufsstelle zu errichten, und will in Zukunft keine ganz bestimmte Sorgfalt auf die Verfeinerung und Spezialisierung seiner Erzeugnisse legen.

Zur Gründung der Internationalen Heringseinfuhr-Gesellschaft erfahren wir, daß die Firma Hillegaart & Co. in Altona in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Es handelt sich um eine internationale Interessengemeinschaft, die die Einfuhr von frischen und gesalzenen Heringen und anderen Fischen aus dem Auslande nach Deutschland übernehmen will. Die Leitung der Gesellschaft ist dem in der Fischwirtschaft Deutschlands und des Auslandes bekannten Oscar Hillegaart in Altona übergeben. Der Hauptsitz der Gesellschaft ist Altona, Filialen werden in Norwegen, Schweden, Holland, England eingesetzt sowie in den für die Einfuhr nach Deutschland hauptsächlich in Betracht kommenden Plätzen. Die Höhe des Aktienkapitals ist noch nicht festgelegt; es wird 10—15 Mill. Mk. betragen. Die Aktien sollen nicht in den Verkehr gebracht werden, sondern von den leistungsfähigen Firmen Deutschlands, Norwegens, Schwedens, Hollands und Englands übernommen werden.

Berliner Börse

vom 23. September 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:			
4% Dtsch. Schatzsch VI—IX	73,25	Chem. Griesheim	334,75
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50	Chem. Heyden	375,00
4% „ „	68,60	Consolidation Schalk	750,00
3½% „ „	59,60	Cröllwitzer Papierfbk	289,75
3% „ „	65,00	Daimler Motoren	224,50
4% Preuß. Konsols	68,80	Deutsche Luxemburg	325,50
3½% „ „	66,00	Deutsche Erdöl	2000,00
3% „ „	53,00	Deutsche Gasglühl.	4875,00
4% Chrl. Stadtanl. 89/99	91,60	Deutsche Kali	418,50
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—	Deutsche Waffen und Mun.	420,00
4% Sächs. Neulandsch Pfdbl	100,25	Donnersmarckhütte	454,00
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	96,10	Döring & Lehrmann	172,75
4% Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	97,50	Dürrkoppwerk	615,00
4% Deutsch. Gas Oblig.	101,50	Engelhardt-Brauerei	244,75
4% Dessauer Gas Obl.	91,00	Elberfelder Farben	423,00
Ausland. Werte:		Felten & Guillaume	445,00
4% Oesterr. Kronenrente	25,00	Gasmotoren Deutz	215,25
4% Ungar. Goldrente	58,50	Gebhard & Co.	560,00
4% Ungar. Kronenrente	26,75	Gebhard & König	257,75
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	328,75
Halberst.-Blankenb.	75,00	Glauziger-Zuckerfbk	500,00
Halle-Hettstedter	—	Hallesche Maschfbk.	558,00
Schantungbahn	636,50	Hamm. Masch.	404,00
Allg. Lokal-Str.	98,00	Harpener Berg	361,00
Gr. Berl. Str.	125,25	Hasper Eisen	—
Magdeburger Str.-B.	142,00	Hirsch Kupfer	319,75
Prinz-Heinrich-B.	—	Höchster Farbwerke	393,00
Schiffahrts-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	560,00
Hambg. Paketfahrt	186,00	Hohenlohe Werke	218,00
Hambg. Südamerike	240,50	Humboldt Masch.	210,25
Hansa-Dampfschiff.	290,00	Ilse Bergbau	398,00
Nordd. Lloyd	183,25	Kahla Porzellan	490,00
Bank-Aktien:		Kaliw. Aschersleben	456,50
Bank f. Thür	159,25	Körbisd. Zucker-Akt.	395,00
Berl. Handelsges.	226,00	Kyffhäuserhütte	195,50
Commerz-Diskontobank	175,00	Lehmeyer & Co.	249,75
Darmstädter Bank	153,00	Lauchhammer	425,00
Dessauische Landesbank	—	Laurahütte	376,50
Deutsche Bank	308,00	Linke & Hofmann	436,00
Diskonto-Comm.	218,00	Ludwig Loewe & Co.	349,00
Dresdner Bank	189,25	Lothringer Hütte	359,00
Leipzig. Credit-Anst.	158,75	Mannesmannröhren	500,00
Mitteld. Kreditbank	149,50	Masch.-Fabr. Buckau	301,00
Mitteld. Privatbank	168,50	Oberschl. Eisenb.-Bd.	267,25
Nationalbank	157,00	do. Cero Hag.	—
Oesterr. Kredit	91,87	do. Kokswerke	476,00
Reichsbank	159,50	Orenstein & Koppel	318,00
Industrie-Aktien:		Phönix Berg	521,75
Schultheiss-Brauerei	274,00	Rhein. Metall-Vorz.	—
Akt. f. Anilin	453,00	Rhein. Stahlwerken	486,00
Allgem Elektr. Ges.	297,00	Riebeck. Montan	350,00
Ammendorfer Papierfabrik	720,00	Rombacher Hütten	362,50
Anhalter Kohlenw.	285,00	Rositzer Braunk.	372,25
Annaberger Steingut	466,00	Rositzer Zucker	286,00
Badische Anilin	510,00	Sangerhäuser Masch.	522,00
Bergmann Elekt. Akt.	288,00	Hugo Schneider A.-G.	290,00
Berl. Masch.-Bau	236,00	Schuckert & Co.	211,00
Bismarckhütte	850,00	Siemens & Halske	416,00
Bochumer Gußstahl	730,00	Stettiner Chamo.	325,00
Chem.-Fabr. Buckau	—	Stettiner Vulkan	245,00
		Stollberger Zinkh.	334,50
		Strals. Spielkarten	414,00
		Thale-Eisenhütte	683,00
		Triptis Porzellan	273,00
		Türk. Tabakregie	912,00
		Ver. Köln-Rottweiler	346,00
		Ver. Glanzstoff	815,00
		Wegelin & Hübner	217,00
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	975,00
		Wittener Gußstahl	910,00
		Wrede Mälzerei	165,50
		Zeitzer Masch.	815,00
		Zellstoff Wolthof	458,00
		Otavi-Minen	823,50

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 23. September 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	301,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	145,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann, Halle	160,00
Mansfelder Gewerkschaft	4376,00
Portland, Zementfabrik Halle	152,00
Prehlitzer Braunkohlen	1450,00
Priorit.	—
	—

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

des Schauspiels „Vom Teufel geholt". Sie bewirkt, daß wurde, der sie ein Paket nach einer angegebenen Adresse Hamburg Werbegesellschaft der Brauchbarkeit Kunst und Zeug- tragen sollte. Als die beiden in der Nähe der alten Schenke nit auf die eigene Produktion nicht angewiesen hat. Seine Brücke angelangt waren, sah das Mädchen in einem an der anderen Theaterstücke, die Trilogie „An des Reiches Wege" Seite heftigen Widerstand [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200924014/fragment/page=0004